

Bu Nr. 69/I, N. V.

(36)

Anfragebeantwortung

des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

In Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Pick, Allina und Genossen vom 8. Mai 1919 wird folgendes mitgeteilt: Die in der Anfrage erwähnte Konferenz von Holzexporteuren, Holzhändlern, Sägewerksbesitzern und Vertretern des Waldbesitzes, welche am 4. April l. J. in einem Sitzungssaal der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer stattgefunden hat, hatte den Zweck, darüber zu beraten, in welcher Weise ein Teil der für die Lebensmittellieferungen der Entente erforderlichen Valuta entsprechend den bei den ersten Finanzverhandlungen in Paris von den Ententevertretern gestellten Forderungen durch Holzexporte aufgebracht werden können. Den Beratungen lag ein von Nationalrat Dr. Wutte ausgearbeitetes Projekt einer Exportorganisation zugrunde, in welcher sowohl die genannten Berufskreise als auch die Länder eine entsprechende Vertretung hätten finden sollen. Es handelte sich hierbei in erster Linie darum, einen Weg zu finden, um den Auslandskredit der an der Beratung teilnehmenden Firmen für die sofortige Beschaffung ausländischer Valuta gegen

nachträgliche Lieferung des im Laufe von mehreren Jahren aufzubringenden und auszuführenden Holzes nutzbar zu machen, also hauptsächlich um Fragen finanzieller Natur.

Angelegenheiten der eigentlichen Holzbringung und des Holzhandels und Holzexportes im besonderen bildeten nicht einen Gegenstand der Erörterung, so daß in jenem Stadium, in dem sich die Angelegenheit damals befand, keine Veranlassung zur Heranziehung von Vertretern der Angestellten gegeben zu sein schien.

Das Projekt wurde übrigens mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Konferenz der Landeshauptleute vom 18. bis 20. April fallen gelassen. Sollte der Gedanke einer staatlichen Organisation des Holzexportes neuerlich aufgenommen werden, so werden auch Vertreter der Angestellten der Holzindustrie als Experten herangezogen und ihnen hierbei auch Gelegenheit zur Vertretung ihrer besonderen Interessen gegeben werden.

Wien, 26. Juni 1919.